

Pressemitteilung

Nr. 5/2020

München/Berlin, 15. Oktober 2020

Ländervereinbarung der KMK könnte gewünschte Rolle vorwärts für mehr Bildungsvielfalt, höhere Bildungsqualität und mehr Chancen für Schulabgänger sein – ABER!

KMK-Ländervereinbarung macht nur dann Sinn, wenn sie ...

- ... in zahlreichen Bundesländern zu einer Qualitätssteigerung führt. Eine angestrebte Qualitätssicherung ist in vielen Ländern vermutlich nicht wünschenswert, weil wegen zurückliegender ideologischer Reformen kaum noch Qualität gegeben ist.
- ... zu einem differenzierten Schulwesen führt, welches klare Profile von unterschiedlichen Schulformen (Förderschule, Grundschule, Hauptschule, Realschule, Gymnasium) beschreibt mit deutlich erkennbaren differenzierten Ausrichtungen in den Abschlüssen.
- ... die so reformeifrigen Bundesländer endlich auf Qualität setzen, beim Vergleich sich an jenen Bundesländern orientieren, denen seit Jahrzehnten hohe Bildungsqualität attestiert wird und im Sinne der Transparenz eingestehen, dass ihre Reformen hin zu Einheitsschulsystemen Irrwege waren.

„Wir erkennen in der KMK-Ländervereinbarung von heute erneut nur Absichtserklärungen und Lippenbekenntnisse, die wohl kaum zu einem nennenswerten Erfolg führen werden. Die Begründung ist einfach: Ideologische Verblendung verstellt seit Jahren den Blick dafür, dass ein klar differenziertes Schulwesen mit eigenständigen Schulformen höchste Bildungsqualität sicherstellt. Das zeigen seit vielen Jahren Bayern oder Baden-Württemberg (seit den Reformen allerdings mit Einschränkungen).“ So bewertet Vorsitzende Ingrid Ritt den „historischen Tag für die Bildung in Deutschland“ (KMK-Präsidentin Hubig). Nach Ritt müsste jetzt die logische Konsequenz sein, sich auf das Hamburger Abkommen zu besinnen und die dort festgeschriebenen Schulformen zu installieren. Damit ließe sich die angestrebte „bessere Vergleichbarkeit der Schulabschlüsse und Schulformen zwischen den Ländern“ (Hamburgs Bildungssenator Ties Rabe) herstellen. Ritt weiter: „Jene, die das jetzt fordern, haben ohne Not, aus rein ideologischen Gründen mit ihren Schulstrukturreformen diese Vergleichbarkeit abgeschafft und vermeiden seit Jahrzehnten Transparenz.“ Die Ländervereinbarung der KMK könnte die gewünschte Rolle vorwärts für mehr Bildungsvielfalt, höhere Bildungsqualität und mehr Chancen für Schulabgänger sein. Aber dafür müssten zahlreiche Bundesländer eingestehen, dass ihre Reformen falsch waren. Das ist nicht zu erwarten, deshalb wird die vereinbarte Zusammenarbeit der Länder nicht zu mehr Transparenz, Verlässlichkeit und Vergleichbarkeit führen. Mehr noch: Wir sehen die große Gefahr, dass die Abschlüsse von hoher Güte nach dem Motto Quote statt Qualität verwässert werden. Sollte die KMK tatsächlich „verbindliche Festlegungen zur klaren Strukturierung bzw. Gliederung des Sekundarbereichs I nach Bildungsgängen“ treffen, müssen für die unterschiedlichen Abschlüsse die Schulformen Hauptschule, Realschule und Gymnasium mit entsprechenden Curricula angeboten werden.“, fordert Vorsitzende Ritt.

Ingrid Ritt, Tel. 015112874428

Über die Initiative: Schüler, Eltern, Lehrkräfte und Schulleiter aus allen Schulformen in Deutschland haben sich in einer bis-her einmaligen Allianz verbündet, um für höchste Qualität im Bildungswesen einzutreten – für mehr Vielfalt, mehr Bildung und mehr Chancen. Gegründet wurde die Bundesinitiative 2014 mit der Überzeugung, dass ein differenziertes Schulwesen die beste Gewähr dafür bietet, dass jedes Kind die ihm angemessene Förderung erhält. Das differenzierte Schulwesen hat sich als leistungsfähiger und wettbewerbsfähiger erwiesen als Einheitsschulsysteme. Eine leistungsbezogene Fachdifferenzierung ist am besten in hierfür eigenständigen Schulformen möglich. Jedes Kind muss aus verschiedenen Bildungsangeboten dasjenige auswählen können, das seine optimale Förderung gewährleistet. Nur so kann auch die Abhängigkeit der Bildung von den Elternhäusern gemindert werden. #differenziertesschulwesen #3xMEHR